

**Steinmeier zur Regierungserklärung**

## **Ein weiterer missglückter EU-Gipfel**

Jochen Wiemken - 14. Dezember 2011 – Quelle: [www.spd.de](http://www.spd.de)



**Der Vertrauensverlust geht weiter, die Anleger fliehen aus dem Euroraum und die Gefahr einer Spaltung Europas droht. Während die Bundeskanzlerin den EU-Gipfel als Durchbruch feierte, wies Oppositionschef Frank-Walter Steinmeier im Bundestag daraufhin, dass die Gipfelbeschlüsse die Märkte nicht haben beruhigen können. Der Fiskalpakt sei ein „Scheinriese“.**

Von großen Fortschritten bei der Bewältigung der europäischen Krise sprach die Bundeskanzlerin nach dem vergangenen EU-Gipfel. Doch nur wenige Tage später zeigt sich, dass die Öffentlichkeit wie auch die Finanzmärkte die Gipfelrhetorik durchschaut haben. Bei den Anlegern herrscht weiterhin großes Misstrauen gegenüber dem Euroraum. Europa hat sich nicht einig gezeigt – vielmehr droht nach dem EU-Gipfel eine voranschreitende Spaltung zwischen Kontinentaleuropa und Großbritannien.

„Wir wollten es dieses Mal besser machen, aber es ist geworden wie immer.“ Mit diesen Worten des früheren russischen Ministerpräsidenten Viktor Tschernomyrdin beschrieb SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier am Mittwoch die Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel zu den Ergebnissen des vergangenen EU-Gipfels.

### **Regierung gefährdet Stabilität Europas**

Steinmeier betonte, zwischen der SPD und der Bundesregierung bestehe über das Ziel der Stabilität in Europa kein Streit. Allerdings habe die Kanzlerin mit ihrem Handeln die Stabilität eher gefährdet als hergestellt. Als nicht tragfähig bezeichnete er die Beschlüsse des EU-Gipfels für strengere Euro-Stabilitätsregeln. So gebe man sich mit dem geplanten neuen Vertrag zwischen 25 oder 26 Mitgliedsstaaten auf einen „politisch und rechtlich völlig unkalkulierbaren Weg“. Schließlich könnte sich ein Land im Zweifel stets darauf berufen, dass das EU-Recht des Lissaboner Vertrags Vorrang habe. Deshalb sei der Fiskalpakt ein „Scheinriese“, so Steinmeier. Hinzu komme der hohe Preis, dass Großbritannien ausschere.

## **Merkel führt Öffentlichkeit an der Nase herum**

Scharf kritisierte der Oppositionsführer, dass Angela Merkel die deutsche Öffentlichkeit über die Rolle der Europäischen Zentralbank täusche. So behauptet die Bundesregierung, dass die EZB unabhängig ist und bleibt. Zugleich habe man aber in die „Trickkiste“ gegriffen und auf dem Gipfel beschlossen, dass die Zentralbanken nun den Umweg über den Internationalen Währungsfonds (IWF) nehmen sollen. So wurde auf dem EU-Gipfel beschlossen, dem IWF zur Bekämpfung der Schuldenkrise 200 Milliarden Euro zur Bekämpfung der Schuldenkrise zu überweisen. Alleine Deutschland soll 45 Milliarden Euro ohne Zustimmung des Bundestags überweisen. „Das geht nicht!“, rief Steinmeier der Regierungsbank zu.

## **Deutsche Bundesbank ruft um Hilfe**

Doch nicht nur die Opposition kritisiert diese Täuschung der Öffentlichkeit, auch der Vorstand der Bundesbank fühlt sich missbraucht. Der SPD-Fraktionschef verwies auf ein Schreiben des Bundesbankvorstands an den Bundesfinanzminister. Darin wird das Parlament aufgefordert, diesen Deal aus dem Schatten der Heimlichtuerei herauszuholen und mit einer klaren politischen Entscheidung abzusichern.

## **Kein Wort zu Wachstumsimpulsen in Europa**

Angesichts der hohen Jugendarbeitslosigkeit in vielen Ländern Europas kritisierte der Oppositionsführer zudem, dass auf dem EU-Gipfel kein einziges Wort darüber verloren wurde, wie neues Wachstum in Europa entstehen kann. Auch verurteilte er, dass die Beteiligung privater Gläubiger auf dem Gipfel „still und heimlich“ beerdigt worden sei. Es könne nicht angehen, dass sämtliche Kosten der Krise einfach dem Steuerzahler zur Last gelegt werden. Wenn man die Gläubigerbeteiligung streiche, „dann ist es ein Gebot der Gerechtigkeit, dass man auf der anderen Seite endlich ernst macht und die Besteuerung der Finanzmärkte einführt“, sagte Steinmeier.

## **Gemeinsamer Schuldentilgungsfonds notwendig**

Zugleich betonte er, dass ohne eine Lösung der Altschuldenprobleme der Krisenländer keine tragfähige Entwicklung erreicht werde. Umso unverständlicher sei, dass Merkel die Lösungsvorschläge der Wirtschaftsweisen schnell in ihrer „Regierungsschublade“ verborgen habe.

Steinmeier: „Wir sind mit diesem Gipfel, der hinter uns liegt, nicht über den Berg. Da liegt noch viel Arbeit vor uns.“